

tenmanagementsysteme müssen ab den 1. Januar 2009 mindestens den Standard DOMEA 2.1 erfüllen. Der DOMEA-Standard und das XML-Datenaustauschformat werden bei dem für Justiz zuständigen Ministerium in Papierform vorgehalten. Der DOMEA-Standard kann auf der Internetseite www.domea.de und das XML-Datenaustauschformat auf der Internetseite www.xjustiz.de eingesehen werden.

§ 2

Werden Akten elektronisch geführt, sind sämtliche zu den Akten gehörende Schriftstücke in die elektronische Form zu überführen, soweit es sich nicht um in Verwahrung zu nehmende oder in anderer Weise sicherzustellende Urschriften handelt, die als Beweismittel von Bedeutung sind oder der Einziehung oder dem Verfall unterliegen. Interne Verfügungen sind in elektronischer Form zu erstellen.

Die vorstehende Verordnung wird hiermit ausgefertigt und ist zu verkünden.

Kiel, 12. Dezember 2006

Peter Harry Carstensen
Ministerpräsident

Uwe Döring
Minister
für Justiz, Arbeit und Europa

*) GS Schl.-H. II, Gl.Nr. B 454-1-7

Landesverordnung zur Umsetzung des Gesetzes über elektronische Handelsregister und Genossenschaftsregister sowie das Unternehmensregister

Vom 12. Dezember 2006

Auf Grund des

1. § 21 Abs. 3 Satz 2, des § 70 Abs. 6 Satz 2, des § 125 Abs. 2 Satz 1 Nr. 1, Satz 2, des § 147 Abs. 1 Satz 1 in Verbindung mit § 125 Abs. 2 Satz 1 Nr. 2, Satz 2 und Abs. 5 sowie des § 160 b Abs. 1 Satz 2 in Verbindung mit § 125 Abs. 2 Satz 1 Nr. 2, Satz 2 und Abs. 5 des Gesetzes über die Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit in der im Bundesgesetzblatt Teil III, Gliederungsnummer 315-1, veröffentlichten bereinigten Fassung, zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 17. November 2006 (BGBl. I S. 2606),
2. § 1 Abs. 3 Satz 2, des § 2 Abs. 3 Satz 3 und Abs. 5 Satz 3, des § 81 Abs. 4 Satz 4, des § 126 Abs. 1 Satz 3, des § 127 Abs. 1 und des § 141 Abs. 2 Satz 4 Halbsatz 2 der Grundbuchordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 26. Mai 1994 (BGBl. I S. 1114), zuletzt geändert durch Artikel 88 des Gesetzes vom 19. April 2006 (BGBl. I S. 866),
3. § 1 Abs. 2 Satz 2, des § 2 Abs. 3 Satz 2, jeweils auch in Verbindung mit § 65 Abs. 1, des § 89 Abs. 4 Satz 2 und des § 92 Satz 3 der

Schiffsregisterordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 26. Mai 1994 (BGBl. I S. 1133), zuletzt geändert durch Artikel 95 des Gesetzes vom 19. April 2006 (BGBl. I S. 866), Ressortbezeichnungen ersetzt durch Artikel 92 der Verordnung vom 31. Oktober 2006 (BGBl. I S. 2407),

4. § 9 Abs. 4 Satz 3 des Kapitalanleger-Musterverfahrensgesetzes vom 16. August 2005 (BGBl. I S. 2437),
5. § 65 a Abs. 1 Satz 5 des Sozialgerichtsgesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 23. September 1975 (BGBl. I S. 2535), zuletzt geändert durch Artikel 3 Abs. 13 des Gesetzes vom 14. August 2006 (BGBl. I S. 1897), Ressortbezeichnungen ersetzt durch Artikel 95 der Verordnung vom 31. Oktober 2006 (BGBl. I S. 2407),
6. § 55 a Abs. 1 Satz 5 der Verwaltungsgerichtsordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 19. März 1991 (BGBl. I S. 686), zuletzt geändert durch Artikel 13 des Gesetzes vom 15. Juli 2006 (BGBl. I S. 1619),

7. § 52 a Abs. 1 Satz 5 der Finanzgerichtsordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 28. März 2001 (BGBl. I S. 442, ber. S. 2262; 2002 S. 679), zuletzt geändert durch Artikel 10 des Gesetzes vom 5. September 2006 (BGBl. I S. 2098),
8. § 41 a Abs. 2 Satz 2 und des § 484 Abs. 3 Satz 3 der Strafprozessordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 7. April 1987 (BGBl. I S. 1074, ber. 1319), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 24. Oktober 2006 (BGBl. I S. 2350),
9. § 68 Abs. 3 Satz 3 und des § 110 a Abs. 2 Satz 2 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten in der Fassung der Bekanntmachung vom 19. Februar 1987 (BGBl. I S. 602), zuletzt geändert durch Artikel 3 Abs. 6 des Gesetzes vom 12. Juli 2006 (BGBl. I S. 1466),
10. § 8 a Abs. 2 sowie des § 9 Abs. 1 Satz 3 Halbsatz 2 des Handelsgesetzbuches in der im Bundesgesetzblatt Teil III, Gliederungsnummer 4100-1, veröffentlichten bereinigten Fassung, zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 10. November 2006 (BGBl. I S. 2553),
11. § 156 Abs. 1 Satz 1 des Genossenschaftsgesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 16. Oktober 2006 (BGBl. I S. 2230), geändert durch Artikel 3 des Gesetzes vom 10. November 2006 (BGBl. I S. 2553), in Verbindung mit § 8 a Abs. 2 und § 9 Abs. 1 Satz 3 Halbsatz 2 des Handelsgesetzbuches,
12. § 5 Abs. 2 des Partnerschaftsgesellschaftsgesetzes vom 25. Juli 1994 (BGBl. I S. 1744), zuletzt geändert durch Artikel 12 Abs. 12 des Gesetzes vom 10. November 2006 (BGBl. I S. 2553), in Verbindung mit § 8 a Abs. 2 und § 9 Abs. 1 Satz 3 Halbsatz 2 des Handelsgesetzbuches,
13. Artikels 61 Abs. 1 Satz 3 des Einführungsgesetzes zum Handelsregistergesetzbuch in der im Bundesgesetzblatt Teil III, Gliederungsnummer 4101-1, veröffentlichten bereinigten Fassung, zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 10. November 2006 (BGBl. I S. 2553),

verordnet die Landesregierung:

Artikel 1

Landesverordnung

über den elektronischen Rechtsverkehr mit den Gerichten und Staatsanwaltschaften¹⁾

GS Schl.-H. II, Gl.Nr. B 315-20-4

§ 1

Zulassung der elektronischen Kommunikation

Bei den in der Anlage bezeichneten Gerichten und Staatsanwaltschaften können in den dort jeweils

für sie näher bezeichneten Verfahrensarten und ab dem dort für sie angegebenen Datum elektronische Dokumente eingereicht werden. Die Anlage ist Bestandteil dieser Verordnung.

§ 2

Form der Einreichung

(1) Zur Entgegennahme elektronischer Dokumente ist die elektronische Poststelle der Gerichte und Staatsanwaltschaften in Schleswig-Holstein bestimmt. Die elektronische Poststelle ist über die auf der Internetseite www.justizpoststelle.schleswig-holstein.de bezeichneten Kommunikationswege erreichbar.

(2) Die Einreichung erfolgt durch die Übertragung des elektronischen Dokuments in die elektronische Poststelle.

(3) Sofern für Einreichungen die Schriftform oder die elektronische Form vorgeschrieben ist, sind, soweit kein Fall des § 12 Abs. 2 Satz 2 Halbsatz 1 des Handelsgesetzbuches vorliegt, die elektronischen Dokumente mit einer qualifizierten elektronischen Signatur nach § 2 Nr. 3 des Signaturgesetzes vom 16. Mai 2001 (BGBl. I S. 876), zuletzt geändert durch Artikel 3 Abs. 9 des Gesetzes vom 7. Juli 2005 (BGBl. I S. 1970), zu versehen. Die qualifizierte elektronische Signatur und das ihr zugrunde liegende Zertifikat müssen durch das adressierte Gericht oder die adressierte Staatsanwaltschaft oder durch eine andere von der Landesjustizverwaltung mit der automatisierten Überprüfung beauftragte Stelle prüfbar sein. Die Eignungsvoraussetzungen für eine Prüfung werden nach § 3 Nr. 2 bekannt gegeben.

(4) Das elektronische Dokument muss eines der folgenden Formate in einer für das adressierte Gericht oder die adressierte Staatsanwaltschaft bearbeitbaren Version aufweisen:

1. ASCII (American Standard Code for Information Interchange) als reiner Text ohne Formatierungscodes und ohne Sonderzeichen,
2. Unicode,
3. Microsoft RTF (Rich Text Format),
4. Adobe PDF (Portable Document Format),
5. XML (Extensible Markup Language),
6. TIFF (Tag Image File Format),
7. Microsoft Word, soweit keine aktiven Komponenten (z.B. Makros) verwendet werden.

Nähere Informationen insbesondere zu den bearbeitbaren Versionen der zulässigen Dateiformate werden nach § 3 Nr. 3 bekannt gegeben.

(5) Elektronische Dokumente, die einem der in Absatz 4 genannten Dateiformate in der nach § 3

¹⁾ Verpflichtungen aus der Richtlinie 98/34/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 22. Juni 1998 über ein Informationsverfahren auf dem Gebiet der Normen und technischen Vorschriften und der Vorschriften für die Dienste der Informationsgesellschaft (ABl. EG Nr. L 204 S. 37), geändert durch Richtlinie 98/48/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. Juli 1998 (ABl. EG Nr. L 217 S. 18); sind beachtet worden.

Nr. 3 bekannt gegebenen Version entsprechen, können auch in komprimierter Form als ZIP-Datei eingereicht werden. Die ZIP-Datei darf keine anderen ZIP-Dateien und keine Verzeichnisstrukturen enthalten. Beim Einsatz von Dokumentensignaturen muss sich die Signatur auf das Dokument und nicht auf die ZIP-Datei beziehen. Die ZIP-Datei darf zusätzlich signiert werden.

(6) Sofern strukturierte Daten übermittelt werden, sollen sie im UNICODE-Zeichensatz UTF-8 codiert sein.

§ 3

Bekanntgabe der Bearbeitungsvoraussetzungen

Im Auftrag der Landesjustizverwaltung gibt der Betreiber der elektronischen Poststelle der Gerichte und Staatsanwaltschaften nach § 2 Abs. 1 Satz 1 auf der Internetseite www.justizpoststelle.schleswig-holstein.de jeweils für seinen Bereich bekannt

1. die Einzelheiten des Verfahrens, das bei einer vorherigen Anmeldung zur Teilnahme am elektronischen Rechtsverkehr sowie für die Authentifizierung bei der jeweiligen Nutzung der elektronischen Poststelle einzuhalten ist, einschließlich der für die datenschutzgerechte Administration elektronischer Postfächer zu speichernden personenbezogenen Daten;
2. die Zertifikate, Anbieter und Versionen elektronischer Signaturen, die nach seiner Prüfung für die Bearbeitung durch die Justiz oder durch eine andere mit der automatisierten Prüfung beauftrag-

te Stelle geeignet sind. Dabei ist mindestens die Prüfbarkeit qualifizierter elektronischer Signaturen sicherzustellen, die dem Profil ISIS-MTT entsprechen;

3. die nach seiner Prüfung den in § 2 Abs. 3 und 4 festgelegten Formatstandards entsprechenden und für die Bearbeitung durch angeschlossene Gerichte oder Staatsanwaltschaften geeigneten Versionen der genannten Formate sowie die bei dem in § 2 Abs. 4 Nr. 5 bezeichneten XML-Format zugrunde zu legenden Definitions- oder Schemadateien;
4. die zusätzlichen Angaben, die bei der Übermittlung oder bei der Bezeichnung des einzureichenden elektronischen Dokuments gemacht werden sollen, um die Zuordnung innerhalb des adressierten Gerichts oder der adressierten Staatsanwaltschaft und die Weiterverarbeitung durch sie zu gewährleisten.

§ 4

Ersatzeinreichung

Ist die Entgegennahme elektronischer Dokumente über die elektronische Poststelle (§ 2) nicht möglich, trifft die Behördenleitung im Einzelfall Anordnungen zur Einreichung von Dokumenten.

§ 5

Datenverarbeitung im Auftrag

Die in der Anlage genannte Daten verarbeitende Stelle handelt im Auftrag der dort bezeichneten Gerichte.

Anl.

Anlage

zu §§ 1 und 5 der Verordnung über den elektronischen Rechtsverkehr mit den Gerichten und Staatsanwaltschaften

Nr.	Gericht	Verfahrensbereich	Datenverarbeitende Stelle	Datum
1.	Amtsgericht Flensburg	Handels- und Genossenschaftsregister	Dataport	1.1.2007
2.	Amtsgericht Kiel	Handels-, Genossenschafts- und Partnerschaftsregister	Dataport	1.1.2007
3.	Amtsgericht Lübeck	Handels- und Genossenschaftsregister	Dataport	1.1.2007
4.	Amtsgericht Pinneberg	Handels- und Genossenschaftsregister	Dataport	1.1.2007

Artikel 2

Änderung und Aufhebung von Rechtsvorschriften

1. Die Landesverordnung über die Führung des Handels-, Genossenschafts-, Partnerschafts- und Vereinsregisters vom 2. März 2004 (GVObI. Schl.-H. S. 76)²⁾, zuletzt geändert durch Verordnung vom 28. Oktober 2005 (GVObI. Schl.-H. S. 523), wird wie folgt geändert:

a) In § 1 werden die Worte „und abweichend von § 1 der Landesverordnung zur Bestim-

mung der für die Führung des Handelsregisters zuständigen Gerichte vom 16. November 2001 (GVObI. Schl.-H. S. 235)“ gestrichen.

b) Es wird folgender § 6 angefügt:

„§ 6

(1) Ein Ersatzregister in Papierform soll angelegt werden, wenn die Eintragungen in das maschinell geführte Register länger als eine Woche dauern. Die Behördenleitung kann ei-

²⁾ Ändert LVO vom 2. März 2004, GS Schl.-H. II, Gl.Nr. B 315-20-3

ne frühere Anlegung des Ersatzregisters anordnen.

(2) Nach Wiederherstellung der Betriebsfähigkeit sind die Eintragungen unverzüglich in das maschinell geführte Register zu übernehmen. Die elektronische Einsicht in das Registerblatt darf erst nach Übernahme gestattet werden."

2. Die Landesverordnung zur Bestimmung der für die Führung des Handelsregisters zuständigen Gerichte vom 16. November 2001 (GVOBl. Schl.-H. S. 235)³⁾ wird aufgehoben.

3. Die Justizermächtigungsübertragungsverordnung vom 4. Dezember 1996 (GVOBl. Schl.-H. S. 720)⁴⁾, zuletzt geändert durch Artikel 2 der Verordnung vom 6. September 2006 (GVOBl. Schl.-H. S. 110), wird wie folgt geändert:

a) Die Inhaltsübersicht wird in § 1 Abs. 1 wie folgt geändert:

aa) Nach Nummer 9 wird folgende Angabe eingefügt:

„Nr. 9 a Finanzgerichtsordnung“.

bb) Nummer 10 a erhält folgende Fassung:

„10 a Genossenschaftsgesetz“.

cc) Nach Nummer 15 wird folgende Angabe eingefügt:

„15 a Einführungsgesetz zum Handelsgesetzbuch“.

dd) Nach Nummer 18 wird folgende Angabe eingefügt:

„Nr. 18 a Kapitalanleger-Musterverfahrensgesetz“.

ee) Nach Nummer 28 a wird folgende Angabe eingefügt:

„Nr. 28 b Sozialgerichtsgesetz“.

ff) Nach Nummer 31 wird folgende Angabe eingefügt:

„Nr. 31 a Verwaltungsgerichtsordnung“.

b) § 1 Abs. 1 wird wie folgt geändert:

aa) Nach Nummer 9 wird folgende Nummer 9 a eingefügt:

„9 a aufgrund des § 52 a Abs. 1 Satz 5 der Finanzgerichtsordnung (FGO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 28. März 2001 (BGBl. I S. 442, 2262), zuletzt geändert durch Artikel 10 des Gesetzes vom 5. September 2006 (BGBl. I S. 2098),

die Ermächtigungen nach § 52 a Abs. 1 Satz 1 und 2 FGO,“

bb) Nummer 10 wird wie folgt gefasst:

„10. aufgrund des § 21 Abs. 3 Satz 2, des § 70 Abs. 6 Satz 2, des § 125 Abs. 2 Satz 2, des § 147 Abs. 1 Satz 1 in Verbindung mit § 125 Abs. 2 Satz 2 und Abs. 5 sowie des § 160 b Abs. 1 Satz 2 in Verbindung mit § 125 Abs. 2 Satz 2 und Abs. 5 des Gesetzes über die Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit (FGG) in der im Bundesgesetzblatt Teil III, Gliederungsnummer 315-1, veröffentlichten bereinigten Fassung, zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 17. November 2006 (BGBl. I S. 2606),

die Ermächtigungen nach § 21 Abs. 3 Satz 1, § 70 Abs. 6 Satz 1, § 125 Abs. 2 Satz 1 und Abs. 5, § 147 Abs. 1 Satz 1 in Verbindung mit § 125 Abs. 2 Satz 2 und Abs. 5 sowie nach § 160 b Abs. 1 Satz 2 in Verbindung mit § 125 Abs. 2 Satz 1 und Abs. 5 FGG,“

cc) Nummer 10 a wird wie folgt gefasst:

„10 a aufgrund des § 156 Abs. 1 Satz 1 des Genossenschaftsgesetzes (GenG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 16. Oktober 2006 (BGBl. I S. 2230), geändert durch Artikel 3 des Gesetzes vom 10. November 2006 (BGBl. I S. 2553), in Verbindung mit § 8 a Abs. 2 Satz 3 und § 9 Abs. 1 Satz 3 Halbsatz 2 des Handelsgesetzbuches (HGB) in der im Bundesgesetzblatt Teil III, Gliederungsnummer 4100-1, veröffentlichten bereinigten Fassung, zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 10. November 2006 (BGBl. I S. 2553),

die Ermächtigungen nach § 156 Abs. 1 Satz 1 GenG in Verbindung mit § 8 a Abs. 2 Satz 1 und § 9 Abs. 1 Satz 3 Halbsatz 1 HGB,“

dd) Nummer 13 wird wie folgt gefasst:

13. aufgrund des § 1 Abs. 3 Satz 2, des § 2 Abs. 3 Satz 3 und Abs. 5 Satz 3, des § 81 Abs. 4 Satz 2, des § 126 Abs. 1 Satz 3, des § 127 Abs. 1 und des § 141 Abs. 2 Satz 4 Halbsatz 2 der Grundbuchordnung (GBO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 26. Mai 1994 (BGBl. I S. 1114), zuletzt geändert durch Gesetz vom 19. April 2006 (BGBl. I S. 866),

die Ermächtigungen nach § 1 Abs. 3 Satz 1, § 2 Abs. 3 Satz 3 und Abs. 5 Satz 1 und 2, § 81 Abs. 4 Satz 1, § 126 Abs. 1 Satz 1, § 127 Abs. 1 und § 141 Abs. 2 Satz 4 Halbsatz 1 GBO,“

³⁾ Aufhebung GS Schl.-H. II, Gl.Nr. B 315-20-1

⁴⁾ Ändert LVO vom 4. Dezember 1996, GS Schl.-H. II, Gl.Nr. 200-0-268

ee) Nummer 15 wird wie folgt gefasst:

„15. aufgrund des § 8 a Abs. 2 Satz 3 und des § 9 Abs. 1 Satz 3 Halbsatz 2 des Handelsgesetzbuches (HGB)

die Ermächtigungen nach § 8 a Abs. 1 Satz 1 und nach § 9 Abs. 1 Satz 3 Halbsatz 1 HGB,“

ff) Nach Nummer 15 wird folgende Nummer 15 a eingefügt:

„15a aufgrund des Artikel 61 Abs. 1 Satz 3 des Einführungsgesetzes zum Handelsgesetzbuch

die Ermächtigung nach Artikel 61 Abs. 1 Satz 1 des Einführungsgesetzes zum Handelsgesetzbuch,“

gg) Nach Nummer 18 wird folgende Nummer 18 a eingefügt:

„18a aufgrund des § 9 Abs. 4 Satz 3 des Kapitalanleger-Musterverfahrensgesetzes (KapMuG) vom 16. August 2005 (BGBl. I S. 2437)

die Ermächtigung nach § 9 Abs. 4 Satz 1 KapMuG,“

hh) Nummer 25 wird wie folgt gefasst:

„25. aufgrund des § 68 Abs. 3 Satz 3 und des § 110 a Abs. 2 Satz 2 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten (OWiG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 19. Februar 1987 (BGBl. I S. 602), zuletzt geändert durch Artikel 3 Abs. 6 des Gesetzes vom 12. Juli 2006 (BGBl. I S. 1466),

die Ermächtigungen nach § 68 Abs. 3 Satz 1 und nach § 110 a Abs. 2 Satz 1 OWiG,“

ii) Nummer 28 wird wie folgt gefasst:

„28. aufgrund des § 1 Abs. 2 Satz 2, des § 2 Abs. 3 Satz 2, jeweils auch in Verbindung mit § 65 Abs. 1, des § 89 Abs. 4 Satz 2 und des § 92 Satz 3 der Schiffsregisterordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 26. Mai 1994 (BGBl. I S. 1133), zuletzt geändert durch Artikel 95 des Gesetzes vom 19. April 2006 (BGBl. I S. 866),

die Ermächtigungen nach § 1 Abs. 2 Satz 1, § 2 Abs. 3 Satz 1, jeweils auch in Verbindung mit § 65 Abs. 1, sowie die Ermächtigungen nach § 89 Abs. 4 Satz 1 und nach § 92 Satz 1 und 2 der Schiffsregisterordnung,“

jj) Nummer 28 a wird wie folgt gefasst:

„28a aufgrund des § 41 a Abs. 2 Satz 2 und des § 484 Abs. 3 Satz 3 der Strafprozessordnung (StPO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 7. April 1987 (BGBl. I S. 1074, 1319), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 12. August 2005 (BGBl. I S. 2360),

die Ermächtigungen nach § 41 a Abs. 2 Satz 1 und nach § 484 Abs. 3 Satz 1 StPO für seinen Geschäftsbereich,“

kk) Nach Nummer 28 a wird folgende Nummer 28 b eingefügt:

„28b aufgrund des § 65 a Abs. 1 Satz 5 des Sozialgerichtsgesetzes (SGG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 23. September 1975 (BGBl. I S. 2536), zuletzt geändert durch Artikel 3 Abs. 13 des Gesetzes vom 14. August 2006 (BGBl. I S. 1897),

die Ermächtigungen nach § 65 a Abs. 1 Satz 1 und 2 SGG,“

ll) Nach Nummer 31 wird folgende Nummer 31 a eingefügt:

„31a aufgrund des § 55 a Abs. 1 Satz 5 der Verwaltungsgerichtsordnung (VwGO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 19. März 1991 (BGBl. I S. 686), zuletzt geändert durch Artikel 13 des Gesetzes vom 15. Juli 2006 (BGBl. I S. 1619),

die Ermächtigungen nach § 55 a Abs. 1 Satz 1 und 2 VwGO,“

mm) Nummer 38 wird wie folgt gefasst:

„38. aufgrund des § 5 Abs. 2 des Partnerschaftsgesellschaftsgesetzes (PartGG) vom 25. Juli 1994 (BGBl. I S. 1744), zuletzt geändert durch Artikel 12. Abs. 12 des Gesetzes vom 10. November 2006 (BGBl. I S. 2553), in Verbindung mit § 8 a Abs. 2 Satz 3 und § 9 a Abs. 1 Satz 3 Halbsatz 2 des Handelsgesetzbuches (HGB)

die Ermächtigungen nach § 5 Abs. 2 PartGG in Verbindung mit § 8 a Abs. 1 Satz 2 und § 9 a Abs. 1 Satz 3 Halbsatz 1 HGB.“

Artikel 3

Diese Verordnung tritt am 1. Januar 2007 in Kraft.

Die vorstehende Verordnung wird hiermit ausgefertigt und ist zu verkünden.

Kiel, 12. Dezember 2006

Peter Harry Carstensen
Ministerpräsident

Uwe Döring
Minister
für Justiz, Arbeit und Europa